

40 Jahre SPD-Vorherrschaft beendet

Hessen-Wahl hat den Kurs von Helmut Kohl bestätigt

Das Wahlergebnis in Hessen ist nach den Worten von Bundeskanzler Helmut Kohl „eine wichtige Wegmarkierung für die Bundespolitik“.

Nach einer Sitzung von Präsidium und Vorstand der CDU sagte Helmut Kohl in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem hessischen Spitzenkandidaten, Bundesumweltminister Walter Wallmann: „Wir haben eine sehr gute Verstärkung unserer Position im Bundesrat erreicht“. Dies sei wichtig wegen anstehender schwieriger Gesetzesvorhaben wie der geplanten Steuerreform. Der CDU sei auch „ein sehr guter Auftakt“ für die weiteren Landtagswahlen gelungen.

Walter Wallmann erklärte, in Hessen sei „ein Ergebnis erreicht worden, an das niemand vorher geglaubt hat“. Er kündigte an, daß er noch in diesem Monat die Koalitionsverhandlungen mit der FDP in Hessen abschließen und die neue Landesregierung bilden wolle. Zu dem guten Abschneiden der hessischen CDU habe auch „der Rückenwind aus Bonn“ beigetragen. Von der SPD hätten sich viele Wähler abgewandt, weil sie sich von den Grünen haben bestimmen lassen. Viele traditionelle SPD-Wähler würden „in dieser SPD“ nicht mehr ihre politische Heimat finden.

Die SPD verlor bei der Hessen-Wahl sechs Prozent der Stimmen und mußte mit nur 40,2 Prozent (44 Sitze) ihr schlechtestes Resultat der Nachkriegsgeschichte hinnehmen. Die CDU gewann 2,7 Prozent gegenüber 1983 hinzu und wurde mit 42,1 Prozent

HEUTE AKTUELL

● Hessen-Wahl

Das vorläufig amtliche Endergebnis und Einzelergebnisse aus den Wahlkreisen finden Sie als Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe.

Stellungnahmen, Analysen und Zitate zur Wahl auf den Seiten 2—8

● Gewalt

Rede von Heiner Geißler im Deutschen Bundestag in der Debatte über die Gewalt. Seite 9—13

● Deutschlandbild

Helmut Kohl genießt hohes Ansehen in den USA. Seite 14

● Israel

Bundeskanzler Helmut Kohl nannte den Besuch des israelischen Präsidenten Chaim Herzog ein „historisches Ereignis“. Seite 16

● Öffentlichkeitsarbeit

Tips zur Mitgliederwerbung Seite 22

Walter Wallmann: Ein Erfolg unserer Politik ohne Wenn und Aber

Walter Wallmann erklärte nach der Sitzung des Parteipräsidiums und des Bundesvorstandes: **Zunächst einmal ist bemerkenswert, daß wir ein Ergebnis erreicht haben, an das niemand vorher geglaubt hat. Wir sind unseren Überzeugungen und Einsichten nicht nur treu geblieben, sondern haben ohne Wenn und Aber unsere Positionen vertreten.**

Wir haben uns für die großartige Unterstützung der Bundespartei zu bedanken. Wir haben alle organisatorischen Hilfen bekommen, die man sich nur vorstellen kann. Die hessische Union hat sich mit großer Entschiedenheit und mit aller Kraft für den Erfolg eingesetzt. Ganz besonders habe ich meinem Freunde und Vorgänger Alfred Dregger zu danken, der

15 Jahre lang die hessische Union geführt und bemerkenswerte Erfolge erzielt hat, aber das letzte Quentchen Glück hat dann eben doch gefehlt. Deswegen möchte ich ihn ausdrücklich in meinen Dank mit einbeziehen.

Wir wollen in diesem Monat noch unsere Verhandlungen mit der FDP zu Ende bringen. Wir werden zügig miteinander beraten; ohne Hektik, und ich denke, wir werden auch in diesem Monat noch die Regierung bilden.

Wir werden nicht übermütig, die wirkliche Arbeit liegt jetzt vor uns. Wir haben ein knappes Ergebnis — auch da machen wir uns nichts vor — 56 zu 54 ist das Knappste, was wir für CDU und FDP erreichen konnten.

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

erneut stärkste Partei in diesem Bundesland (47 Sitze). Die FDP baute ihren Stimmenanteil von 7,6 Prozent im Jahr 1983 aus und erreichte jetzt 7,8 Prozent (neun Sitze). Die Grünen verbesserten sich um 3,5 auf 9,4 Prozent und schafften ihr bisher bestes Ergebnis (zehn Sitze) **(siehe Dokumentation — grüner Teil)**.

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende **Bernhard Vogel** bezeichnete den Erfolg von Walter Wallmann in Hessen als eine „große Ermutigung“ für die Landtagswahl am 17. Mai. Die CDU habe in Hessen nicht nur gegenüber der letzten Landtags-, sondern auch der Bundestagswahl vom 25. Januar zugenommen. Damit seien für die CDU Rheinland-Pfalz die Chancen deutlich besser geworden, das

Ziel einer regierungsfähigen Mehrheit zu erreichen.

Der Spitzenkandidat der Hamburger CDU für die Bürgerschaftswahl, **Hartmut Perschau**, bezeichnete das hessische Ergebnis als „eine knappe, aber eindeutige Absage an ein rot-grünes Bündnis und zugleich ein starkes Bekenntnis zu einer Politik der Mitte“. Da die Voraussetzungen der Hamburger Bürgerschaftswahl am 17. Mai „fast identisch“ mit der politischen Grundsituation in Hessen vor der Wahl seien, sehe die CDU „die seit Jahren mit Abstand größte Chance“, auch in der Hansestadt mit der FDP eine Koalition zu bilden und die bisher regierenden Sozialdemokraten abzulösen. Zugleich übte der CDU-Spitzenkandidat aber auch Kritik an der Hamburger FDP, die im Unterschied zu den hessischen Liberalen eine Koalition mit der SPD nicht völlig ausschließt.

Helmut Kohl:

SPD laufen die Wähler davon

Der Bundeskanzler erklärte u.a. zum Ausgang der Hessen-Wahl: Zunächst einmal glaube ich, daß es zu früh ist, über eine wirkliche solide Wahlanalyse zu reden. Aber das Ergebnis zeigt natürlich schon sehr wesentliche Hinweise auf die Entwicklung innerhalb der Wählerschaft.

Wenn Sie die großen Städte betrachten, vor allem auch die Stadtteile oder Stadtquartiere, in denen überwiegend Arbeitnehmer wohnen, dann ist festzustellen, daß die SPD zunehmend ihre Anhängerschaft in diesem Bereich verliert. Die Wahlbezirke im Umfeld der Farbwerke Hoechst, in Hanau, der Wahlkreis, der für Bieblis zuständig ist, an der Bergstraße, sind Beispiele, wo der SPD die Wähler laufen gegangen sind.

Ich hoffe, daß dieses Wahlergebnis innerhalb der SPD zum Nachdenken führt. Die Bundesrepublik Deutschland braucht die großen Traditionen und Kräfte der großen Volksparteien, und ich bin immer wieder bestürzt, wer alles gedankenlos den Slogan von den sogenannten „Altparteien“ oder „etablierten Parteien“ übernimmt. Diese sogenannten Altparteien, das sind ja die Parteien von Kurt Schumacher, Theodor Heuss und Konrad Adenauer. Sie haben diese Bundesrepublik geschaffen; sie haben einen wesentlichen Beitrag zur neuen Geschichte unseres Landes geleistet. Daß diese Republik zu dem wurde, was sie heute ist, verdanken wir nicht zuletzt Männern und Frauen aus diesen großen demokratischen Parteien.

Eine Partei, die in das Schlepptau der Grünen geraten ist, muß sich fragen lassen, mit wem sie umgeht. Wenn ich von den Grünen rede, meine ich überhaupt nicht die Wähler der Grünen. Ich spreche von jenen, die in der Partei, etwa in der

Bundestagsfraktion, den Ton angeben. Die deutschen Sozialdemokraten müssen begreifen, daß es für viele ihrer Wähler unerträglich ist, daß sie sich mit Leuten zusammentun, die ihr Verhältnis zur Gewalt immer noch nicht definiert haben. Die CDU ist fest entschlossen, dies deutlich zu machen.

Jeder Wähler in der Bundesrepublik Deutschland muß wissen, worauf er sich einläßt, wenn er seine Stimme einer solchen Gruppierung gibt, die ganz bewußt die wichtigste Erfahrung der jüngsten deutschen Geschichte in den Wind schlägt, nämlich, daß Gewalt niemals wieder ein Mittel deutscher Politik sein darf, weder im Bereich der Außen- noch der Innenpolitik.

Die SPD-Führung muß sich fragen lassen, welchen politischen Stil der Zukunft und welche Möglichkeiten der Gemeinsamkeit unter Demokraten überhaupt noch angesichts einer solchen Ausgangslage möglich ist. Ich sage dies in der Hoffnung, daß sich jene in der SPD durchsetzen mögen, die einen klaren Trennungsstrich ziehen zwischen denen, die in der Tradition der SPD stehen wollen und denen, die auf dem Weg zur Macht nahezu sich mit jedem verbünden. Wir sind sicher, daß unsere Freunde in Hessen in einer ruhigen und gemäßen, aber klugen Weise die Geschäfte übernehmen werden. Für die Bundespolitik bedeutet dies natürlich eine wichtige Wegmarkierung. Es bedeutet eine sehr gute Verstärkung unserer Position im Deutschen Bundesrat angesichts der schwierigen Gesetzgebung, die vor uns steht. Der Erfolg in Hessen ist ein sehr guter Auftakt für die wichtigen Landtagswahlen dieses Jahres, vor allem in Rheinland-Pfalz und in Hamburg, aber auch in Bremen und Schleswig-Holstein.

Alfred Dregger:

Das Desaster der hessischen SPD ist groß und verdient

Zum Ergebnis des Hessen-Wahl stellt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Ehrenvorsitzende der hessischen CDU, Alfred Dregger, fest: Walter Wallmann hat vollendet, was er vor 20 Jahren mit mir und vielen Freunden auf dem Landesparteitag der hessischen CDU am 2. Dezember 1967 in Eltville begonnen hatte. In diesen 20 Jahren war die hessische Partei immer solidarisch, immer offensiv, immer fleißig und unverdrossen. Daß in dieser Zeit große Wahlsiege mit Stimmenanteilen bis zu 47,3 Prozent aufgrund der politischen Rahmenbedingungen nicht zur Regierungsverantwortung führten, hat niemals zur Resignation geführt. Das jetzige Wahlergebnis hat die alte Erkenntnis neu bestätigt, daß Tugenden langfristig vom Wähler honoriert werden.

Das Desaster der hessischen SPD ist groß und verdient. Der Partei, die Hessen 41 Jahre — davon 20 Jahre unangefochten — regierte, sind mehr als 200 000 Wähler davon gelaufen; das sind 15 Prozent der hessischen Wählerschaft von 1983. Mehr als 100 000 Wähler haben es vorgezogen, das Original — die Grünen — zu wählen und deren Kopie — die SPD — mit Verachtung zu strafen. Ebenfalls mehr als 100 000 Wähler haben sich für die CDU entschieden oder sich der Stimme enthalten.

Das Wahlergebnis von Hessen ist ein Menetekel für die SPD, das für die ganze Partei von schicksalhafter Bedeutung ist. Johannes Rau, der letzte Kanzlerkandidat der SPD, hat am Wahlabend vor dem

deutschen Fernsehpublikum erklärt, daß die SPD sich in einer Formkrise befinde und mit sich selbst ins Reine kommen müsse. Und Holger Börner, der abgewählte hessische SPD-Ministerpräsident, hat im Fernsehen über das rot-grüne Experiment gesagt: „Ich bin mit diesem Weg gescheitert.“ Er hat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands den Rat gegeben, „sich darauf zu besinnen, daß sie immer der Anwalt der arbeitenden Menschen, der kleinen Leute.“ Die SPD wäre gut beraten, wenn sie über die Worte dieser beiden Sozialdemokraten nachdenken und daraus die richtigen Schlüsse ziehen würde.

Walter Wallmann wird auch Bundesratspräsident

Der hessische CDU-Spitzenkandidat Walter Wallmann wird nach seiner Wahl zum Regierungschef in Wiesbaden auch Präsident des Bundesrates in Bonn und damit Vertreter des Bundespräsidenten. Er übernimmt dieses Amt von Holger Börner (SPD), der mit dem Ausscheiden als hessischer Ministerpräsident automatisch auch seine Funktion als Bundesratspräsident verliert.

Der Bundesratspräsident wird traditionell einstimmig alljährlich neu gewählt und amtiert jeweils vom 1. November bis zum 31. Oktober des folgenden Jahres. Nach dem langjährigen Turnus in der Ländervertretung steht Hessen das Präsidentenamt noch bis zum 31. Oktober 1987 zu. Die Wahl Wallmanns wird voraussichtlich in der nächsten Bundesrats-sitzung am 15. Mai stattfinden.

Analyse

Die historische Wende in Hessen

Eine politische Sensation sehen die Wahlforscher in dem Wahlergebnis in Hessen. Es sei bislang in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Parallele: Erstmals sei es einer Bonner Regierungskoalition gelungen, während ihrer Amtszeit einen Machtwechsel in einem Landesparlament zu schaffen, heißt es in einer Analyse des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft (infas) in Bonn-Bad Godesberg für die Deutsche Presse-Agentur (dpa). Der Ausgang kennzeichne vor allem die prekäre Lage der SPD, die neben ihrem „strategischem Dilemma“ noch keine Antwort auf die Umschichtung an der Wählerbasis gefunden habe. Die infas-Analyse hat folgenden Wortlaut:

Die politische Ausgangslage vor der hessischen Landtagswahl ließ einen Vorsprung von SPD und Grünen erwarten, und die Hochrechnungen, die dieses korrigieren sollten, kamen am frühen Sonntagabend so rasch wie noch nie. Aber dann wurde es doch noch ein Krimi: Zunächst ein vermeintliches Patt von je 55 Mandaten für die beiden Blöcke von SPD und Grünen bzw. CDU und FDP, dann ein ganz zaghafter Vorsprung der Opposition, kaum wahrzunehmen. Ganze 1 502 Stimmen weniger für die CDU und mehr für die SPD, und es hätte für Walter Wallmann nicht gereicht, ein Regierungswechsel im Promillebereich.

Mit Blick auf die beiden Parteiblöcke, die sich als Regierungsalternativen zur Wahl stellten, hat es am 5. April einen Erdbeben nicht gegeben: Die rot-grüne Regierungskoalition verlor zusammen gegenüber 1983 2,5 Prozentpunkte und

landete auf 49,6 Prozent der Stimmen; die Bonner Koalitionspartner legten 2,9 Punkte zu und erreichten 49,9 Prozent. Als politische Sensation kann das hessische Votum dennoch gelten. Machtwechsel durch Wahlen sind in der Wahlgeschichte der Bundesrepublik eine Rarität.

Was nun in Hessen geschah, ist ohne Parallele: Zum allerersten Mal ist es einer Bonner Regierungskoalition gelungen, während ihrer Amtszeit in einem Landesparlament von der Oppositions- zur Regierungsbank zu wechseln. Daß dies im SPD-Stammland Hessen geschehen konnte, bei einer für die Wiesbadener Regierung eher günstigen Themenkonstellation und Grundstimmung, kennzeichnet die prekäre Situation der Sozialdemokratie.

Mit dem zweiten Rang hat sich die SPD in Hessen bei Landtagswahlen schon dreimal begnügen müssen (1974, 1978 und 1982). Aber so nahe an der 40-Prozent-Schwelle war sie noch nie gewesen, und volle sechs Prozentpunkte hat sie in diesem Land noch nie verloren.

Wenige Wochen nach der Bundestagswahl haben sich die Kräfteverhältnisse im Land Hessen leicht verschoben. Die SPD legte im Vergleich dazu 1,5 Punkte zu, die CDU 0,8 Punkte. Die Liberalen verloren 1,3 und die Grünen kamen exakt auf den gleichen Anteil.

SPD verliert nach vielen Richtungen

Es sind vor allem drei Richtungen, in denen die SPD-Verluste zu suchen sind: Abwanderungen zu den Grünen, Abwanderungen zur CDU sowie Wahlenthaltungen. Nach der infas-Wanderungsbilanz

kommt diesen drei Verlustquellen etwa gleich große Bedeutung zu.

Die Wahlbeteiligung lag diesmal bei knapp über 80 Prozent, rund drei Punkte unter der von 1983, sechs Punkte unter der von 1982. Was immer die Ursachen im einzelnen waren: Die stärkere Enthaltung traf in erster Linie die SPD (negativer Saldo von etwa 70 000). Etwa 65 000 Wähler verbuchten die Grünen im Austausch innerhalb des Regierungslagers für sich. Weitere knapp 80 000 gingen der SPD diesmal im Austausch mit der CDU verloren, wechselten also das politische „Lager“.

Die Union stärkte sich durch eben diese knapp 80 000 abtrünnigen SPD-Stimmen und kompensierte damit Verluste, die ihr 1983 durch Leihstimmen an die FDP verloren gegangen waren. Diesmal konnten sich nämlich die Liberalen aus eigener Kraft behaupten und im wesentlichen ihre Klientel von 1983 behalten. Bei den Grünen das gewohnte Bild: Neben der Abwerbung von SPD verbuchen sie Zulauf vor allem aus den Reihen der Erstwähler (etwa 40 000).

Regionale Unterschiede: Mehr Bewegung im Süden

Bei genauerer Betrachtung der Stimm-entwicklung in den einzelnen Wahlkreisen und Regionen läßt sich dieses Muster der Wanderungen in allen Landesteilen ausmachen; nicht überall sind allerdings die SPD-Verluste (Landesdurchschnitt minus 6,0) gleich stark, und nicht überall profitierten Grüne (Durchschnitt plus 3,5) und CDU (Durchschnitt plus 2,7) in gleicher Weise davon. Im Süden des Landes gibt es deutlich mehr Bewegung als im Norden; in den Städten deutlich mehr als auf dem Lande. Damit setzt sich der ungünstige Großstadttrend der SPD fort, der bereits bei den Landtagswahlen des vorigen Jahres, in Bayern und Hamburg,

sowie bei der Bundestagswahl vor zehn Wochen zu beobachten war.

Die geringsten SPD-Verluste hat der Wahlkreis Kassel-Land I, ganz im Norden, mit minus 2,3 Punkten zu verzeichnen; die größten der Wahlkreis Main-Kinzig II, d. h. Hanau, mit dem Standort der Brennelementefabriken Alkem und RBU, mit minus 9,4 Punkten. Die Nutznießer zu fast gleichen Teilen: die Grünen mit 4,2 und die CDU mit 4,4 Punkten. Das Nord-Süd-Gefälle läßt sich am unterschiedlichen Profil der drei Regierungsbezirke erkennen. Kassel und Gießen weisen niedrigere SPD-Verluste sowie geringere Gewinne der CDU und der Grünen auf als das Land Hessen insgesamt; im Regierungsbezirk Darmstadt ist das Bild entgegengesetzt.

Der Bereich mit den stärksten SPD-Verlusten (mehr als sieben Prozentpunkte) umfaßt praktisch sämtliche Wahlkreise zwischen Wiesbaden und Hanau einschließlich Frankfurt, Offenbach, Darmstadt sowie dem Wetterau-Kreis nördlich von Frankfurt. Überdurchschnittlich sind außerdem die SPD-Einbußen in den Städten Kassel und Gießen. Die hohen SPD-Verluste führten zu 16 Mandatswechseln. **In der Stadt Frankfurt, wo der CDU-Spitzenkandidat Walter Wallmann neun Jahre lang Oberbürgermeister war, hält die SPD nun kein einziges Mandat mehr.**

In drei Landkreisen verlor auch die CDU Stimmen

Insgesamt konnte die CDU diesmal in 29 der 55 Wahlkreise die Mehrheit erringen, zu den 13 Direktmandaten der vorigen Wahl kamen weitere 16 hinzu. Auf der Gewinnliste stehen unter anderem vier Frankfurter Wahlkreise, Hanau, Offenbach, Dieburg, Bergstraße, Marburg, Weilburg. Zu den 26 Wahlkreisen, in denen sich die SPD weiter behaupten

konnte, gehören sämtliche nordhessischen Kreise, ferner der größere Teil von Mittelhessen (Biedenkopf, Lahn-Dill, Wetzlar, Gießen, Vogelsberg), zwei Wiesbadener Wahlkreise sowie der Raum Groß-Gerau, Darmstadt, Odenwald.

Die Mandatswechsel trafen auch Prominente aus der SPD-Führung, die Minister Görlach, Clauss und Vera Rüdiger. Der Spitzenkandidat der SPD, Hans Krollmann, behauptet in Kassel-Stadt sein Mandat mit einem etwas überdurchschnittlichen Verlust.

Wenn alle großstädtischen Wahlkreise zusammengefaßt werden, ergibt sich für die SPD ein Verlust von 7,8 Punkten, für die Grünen ein Gewinn von 4,8 Punkten und für die CDU eine Zunahme von 3,9 Punkten. Der Zugewinn für die Grünen, der sich auf die Städte konzentriert, war besonders groß (über fünf Prozentpunkte) in Darmstadt, in einigen Frankfurter Wahlkreisen sowie in Marburg-Biedenkopf II. Absoluter Spitzenreiter ist der Wahlkreis Frankfurt V, wo Joschka Fischer kandidierte und den Grünen-Anteil mit einem Zuwachs von 8,1 Punkten auf nicht weniger als 22,3 Prozent treiben konnte. Im Norden des Landes, im Wahlkreis Waldeck-Frankenberg I, mußten sich die Grünen mit dem geringsten Zuwachs zufrieden geben (1,6 Punkte), mit denen sie es auf 5,5 Prozent brachten.

Die höchsten Zuwachsraten für die CDU hat Frankfurt I (mit 6,5 Punkten) sowie der Main-Taunus-Kreis, der Hochtaunus und der Wetterau-Kreis zu verzeichnen, also alles Wahlkreise im Rhein-Main-Gebiet. Auf der anderen Seite gibt es drei stärker ländlich geprägte Wahlkreise im nördlichen Hessen, in denen die CDU gegenüber 1983 Stimmen verloren hat: Schwalm-Eder (minus 0,7 Punkte), Vogelsberg und Marburg-Biedenkopf II (je minus 0,3 Punkte) wo die bäuerliche

Bevölkerung — wie schon bei Wahlen in jüngster Vergangenheit — offenbar aus Verstimmung über die europäische Agrarpolitik der CDU mit Vorbehalten gegenübersteht.

Im Vogelsberg liegt im übrigen diesmal das Spitzenergebnis der FDP mit 12,9 Prozent und dem höchsten Zuwachs (plus 2,7). Dort kandidierte der Listenführer Wolfgang Gerhardt. Die Stimmenentwicklung der FDP zeigt keine größeren Varianten. Im Raum Frankfurt hat sie gegenüber 1983 teilweise Verluste zu verzeichnen. Nur in einem einzigen Wahlkreis (Frankfurt I) blieb sie mit 4,9 Prozent unter der Fünf-Prozent-Schwelle. Relativ gut, mit über zwölf Prozent, konnte sie in ihrer alten national-liberalen Hochburg Waldeck-Frankenberg abschneiden.

Fortsetzung vertrauter Trends

Die Analyse der Stimmenentwicklung in den einzelnen Regionen hat deutlich gemacht, daß die Verluste der SPD unter zweifacher Perspektive zu sehen sind. Einerseits handelt es sich um aktuelle Einflußfaktoren. Hier durfte der Wechsel der führenden Personen in Land und Bund, aber auch die mangelnde Eindeutigkeit in vielen Sachpositionen eine Rolle gespielt haben. Insofern läßt sich das Votum dieser vorgezogenen Neuwahl als Quittung für die Querelen in der Bundespartei und für die Ungereimtheiten der Landespolitik verbuchen. Schwächen dieser Art machen sich in allen Landesteilen bemerkbar und kennzeichnen den Gesamttrend.

Andererseits hat die SPD seit längerem und auch bei dieser Wahl mit langfristigen und eher strukturellen Problemen zu kämpfen, die in einer Umschichtung der Wählerbasis und einer Veränderung

gesellschaftlicher Leitbilder und Verhaltensmuster ihren Ausdruck finden. Hierzu gehört auch das strategische Dilemma im Verhältnis zu den Grünen, das die Sozialdemokraten in Hessen allerdings mit ihrem Bekenntnis zu einer rot-grünen Koalition richtungsweisend beantwortet hatten. Bei dieser Neuorientierung hat die SPD besonders in den verstärkten Gebieten mit einer stark mobilen Bevölkerung Irritationen ausgelöst, was dort zu überdurchschnittlichen Verlusten in der Vergangenheit geführt hat.

Daß diese Verluste in beide Richtungen gehen, hat sich in den letzten Jahren wiederholt gezeigt, etwa in Berlin, Hamburg oder München. Bei der Hessen-Wahl fällt besonders ins Gewicht, daß ein solches Abbröckeln an den Rändern über den Ballungsraum Frankfurt hinaus im ganzen Lande zu registrieren war und daß diese Erosion nicht durch einen generellen Oppositionseffekt gegenüber der Bonner Regierungsmehrheit, wie früher bei Landtagswahlen üblich, kompensiert wurde.

Pressestimmen vom 7. April 1987 zum Ausgang der Hessen-Wahl

„Die Prophezeiung Wehners scheint sich zu bewahrheiten: hartes Oppositionsdasein bis weit in die 90er Jahre.“ (Kurier, Österreich)

„... Hinter dem Sieg Wallmanns wird ein persönlicher Erfolg von Kanzler Kohl deutlich.“ (Le Monde, Frankreich)

„... Wenn sich die Zukunft für die Freunde Kanzler Kohls in den besten Farben ankündigt, so könnte sie für die deutsche Sozialdemokratie nicht düsterer sein.“ (Les Echos, Frankreich)

„Die SPD bezahlt für eine zumindest verwirrende politische Taktik.“ (Le Matin, Frankreich)

„Die deutschen Sozialdemokraten bekommen hart zu spüren, wohin ihr wechselhafter Flirt mit den Standpunkten der Grünen führen kann ...“ (Berlingske Tidende, Dänemark)

„Die SPD steht vor einer schmerzvollen Neubewertung ihrer Ideologie und auch ihrer Strategie ...“ (De Volkskrant, Niederlande)

„Für die neue Bonner Parteiführung ist der Krebsgang in Hessen ein Warnsignal.“ (Der Bund, Schweiz)

„Bittere Bilanz der SPD“ (Kölnische Rundschau)

„Die Sozialdemokraten können geistig den Trauerflor anlegen. Die Anbiederung an die Grünen ist der SPD schlecht bekommen.“ (Münchener Merkur)

„Sozialdemokraten und Grüne haben sich selbst ins Bein geschossen, als sie es über dem Nukem-Streit zur Auflösung der Koalition und zu vorzeitigen Neuwahlen kommen ließen.“ (Mannheimer Morgen)

„Das rote Hessen gehört der Vergangenheit an. Für die SPD ist dies ein Desaster, wie es schlimmer kaum denkbar wäre.“ (Badische Zeitung)

„Der Sieg der bürgerlichen Parteien ist kein Wahlerfolg wie jeder andere. Er hat eine enorme psychologische und politische Sogwirkung.“ (Hessischer Rundfunk)

„Wenn sich die SPD nicht über den Ernst der Lage täuscht, muß sie erkennen, daß sie sich in der schwersten Existenzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik befindet.“ (NDR III)

„Der scheidende Parteichef Brandt tritt als historische Figur ab, die die SPD in eine der schwersten Krisen ihrer Geschichte geführt hat. Seine vielzitierten Enkel, allesamt Anhänger des hessischen Crash-Kurses, stehen ohne vorzeigbare Strategie da.“ (General-Anzeiger, Bonn)

Heiner Geißler im Deutschen Bundestag:

Die Gefahr für den Rechtsstaat kommt heute von links

Der Deutsche Bundestag hat sich am Donnerstag, dem 2. April 1987, mit der Gewaltanwendung in der politischen Auseinandersetzung beschäftigt. Dabei forderten die Sprecher der Koalitionsfraktionen die Grünen auf, sich endlich unmißverständlich von jeglicher Befürwortung von Gewaltakten und Rechtsverstößen zu distanzieren. Ein von den Koalitionsparteien vorgelegter Entschließungsantrag, in dem jede Form der Gewaltanwendung im politischen Streit sowie deren Verharmlosung verurteilt wird, wurde mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP angenommen.

Generalsekretär Heiner Geißler richtete in der zweieinhalbstündigen Debatte schwere Angriffe gegen SPD und Grüne. Die Grünen seien zwar nicht direkt für die terroristischen Morde der letzten Jahre verantwortlich, sie hätten in ihren Parteiprogrammen jedoch zum Haus- und Landfriedensbruch und anderen Strafdelikten aufgerufen. Die Gewaltanwendung gegen Sachen sei aber nur der erste Schritt in den Terrorismus, meinte Geißler.

Die Rede des Generalsekretärs hat folgenden Wortlaut:

Die politisch motivierte Gewalttätigkeit hat in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. Nach den offiziellen Angaben des Bundesministers des Innern entfielen von den 452 Brand- und Sprengstoffanschlägen im Jahre 1986 445 auf Linksextremisten, vier auf Rechtsextremisten und drei auf Ausländer. Die terroristischen Morde der letzten Zeit gingen

genauso wie die Morde Ende der siebziger Jahre auf das Konto linksextremistischer Gruppierungen wie „Rote Armee Fraktion“ oder „Revolutionäre Zellen“. Das gleiche gilt für die Gewalttätigkeiten der Chaoten in Hanau, Brokdorf und Wackersdorf.

Nun will ich nicht behaupten, daß irgendeine Fraktion in diesem Parlament diese Gewaltmaßnahmen direkt zu verantworten hat, aber die Grünen, die Wunschpartner der Sozialdemokratischen Partei im Bund und in den Ländern, haben in ihrem Bundesprogramm Sitzstreiks, Wegesperren, Blockaden, die Landesversammlung in Hessen hat sogar Sabotage — was im Klartext doch heißt: Nötigung, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch — zur Durchsetzung ihrer Ziele für erlaubt erklärt. Der Vorstandssprecher der Grünen Lukas Beckmann sagte: Die Aktionen des aktiven gewaltfreien Widerstands schließen Gewalt gegen Sachen nicht aus. Wir kennen die Aussagen von Frau Dittfurth, von Frau Jelpke von der GAL und von anderen.

Diese Aktionen gehen im übrigen — das möchte ich an die Adresse der SPD sagen — weit über das hinaus, was von den Theoretikern des zivilen Ungehorsams wie Habermas, Rawls, Dreyer, Frankenberg und anderen in dem schönen Büchlein von Peter Glotz, vor drei Jahren herausgegeben, zwar nicht als legal, aber als legitim angesehen wurde.

Wir wissen, daß die Gewalt gegen Sachen der erste Schritt auf dem Weg in den Terrorismus ist.

Die Entwicklung der Baader-Meinhof-Bande von der Kaufhausbrandstiftung bis zu den Morden der RAF beweist: Von der bewußten und politisch motivierten Gesetzesübertretung und der Gewalt gegen Sachen bis zur Gewalt gegen Personen ist nur ein ganz kurzer Weg.

Politische Ethik kann die Anwendung von Gewalt gegen den Staat nicht immer und unter allen Umständen ausschließen. Es gab Situationen in der Geschichte, in denen der Widerstand gegen den Staat und seine Organe berechtigt und notwendig war. Das Attentat auf Hitler und der Sturz von Somoza, die Untergrundtätigkeit christlicher Demokraten und Sozialisten in Chile, das Drucken und die Weitergabe von „Samisdat“ in der Sowjetunion, der Aufstand am 17. Juni 1953 und der Einsatz von „Solidarność“ in Polen sind sittlich erlaubt. Denn diese Aktionen des Widerstandes, auch verbunden mit der Übertretung legaler Gesetze, dienen und dienen entweder zur Abwehr langanhaltender schwerster Menschenrechtsverletzungen oder zur Durchsetzung elementarer Menschenrechte und Freiheitsrechte der Menschen und erfordern in der sicheren Erkenntnis, daß eine Veränderung der Verhältnisse mit legalen oder friedlichen Mitteln nicht mehr möglich war.

Ist es aber auf dem Hintergrund dieser Tatsache nicht ein absurdes Theater, daß die Grünen und ihre Freunde, so z. B. Frau Rust erst neulich im Deutschen Bundestag, erklären, die Ursache für die heutige Gewaltanwendung in der Bundesrepublik Deutschland, z. B. „dieses Schmeißen von Steinen“, sei die Atompolitik der Regierung? Ich muß es noch einmal sagen: Das ist absurdes Theater, weil aus der Sicht der Grünen und ihrer Freunde offenbar der demokratische Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland in einen atomaren Zwangsstaat umgedeutet wird, einer Diktatur vergleichbar.

Ich will die Probleme der Kernenergie und die damit verbundenen Empfindungen der Menschen, die Ängste vor der Wiederholung eines Unfalls wie in Tschernobyl nicht bagatellisieren und bin mir darüber im klaren, daß jemand subjektiv die friedliche Nutzung der Kernenergie als eine existentielle Bedrohung empfinden kann.

Aber rechtfertigt eine so empfundene Überlebensfrage die Anwendung von Gewalt und zivilem Ungehorsam gegenüber einem demokratischen Rechtsstaat? Dies ist die zentrale Frage. Vermögen diejenigen, die so argumentieren, eigentlich nicht zu unterscheiden zwischen einem menschenverachtenden Unrechtssystem mit dem Ziel der Verletzung der Menschenrechte, der Zerstörung menschlichen Lebens und dem politischen Streit um die Anwendung einer bestimmten Technik der Energiegewinnung mit zugegebenermaßen unterschiedlich einzuschätzenden und möglicherweise sehr hohen Risiken? Selbst in manchen kirchlichen Kreisen, so scheint mir, kann man eine solche Unterscheidung nicht mehr machen.

Man hat fast den Eindruck, daß dort der vor 50 Jahren in Deutschland gegenüber der Nazi-Tyrannie nicht stattgefundene Widerstand heute gegenüber dem demokratischen Rechtsstaat gefahrlos nachgeholt werden soll.

Es ist schwer vorstellbar, daß z. B. die Widerstandskämpfer der Weißen Rose oder des 20. Juli Verständnis für die Menschen aufrächten, die heute gegen den Staat Widerstand leisten, für dessen Prinzipien von Recht und Freiheit die damaligen Widerstandskämpfer ihr Leben gewagt und geopfert haben.

Wie ernst nehmen eigentlich die Grünen und ihre Freunde selbst diese sogenannte Überlebensfrage, wenn sie zwar unter dieser Überschrift Widerstand gegen die

Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland leisten, aber auf ihrer Bundesdelegiertenversammlung in Hannover mit großer Mehrheit die Aufforderung an die Sowjetunion abgelehnt haben, dort die Kernkraftwerke abzuschalten?

Wo war eigentlich Ihr lautstarker Protest, als Tschernobyl wieder ans Netz ging? Ich habe von Ihnen überhaupt nichts gehört!

Ich frage Sie: Wie glaubwürdig ist eigentlich dieser Widerstand im Namen des Lebens, wenn Sie gleichzeitig die jährlich hunderttausendfache Vernichtung der schwächsten Form des menschlichen Lebens, nämlich des ungeborenen Lebens, nicht nur hinnehmen, sondern auch freigeben wollen?

Ich frage Sie weiter: Wer bestimmt eigentlich, was eine Überlebensfrage ist? Vor fünf Jahren haben die Grünen zusammen mit den Sozialdemokraten und mit Kommunisten den NATO-Doppelbeschluß zu einer Frage von Frieden oder Krieg, von Leben oder Tod gemacht. Günter Grass, einst Barde und Sprecher der Sozialdemokratischen Partei — nicht amtlicher Sprecher, aber Sprecher der Sozialdemokratischen Partei im überhöhten Sinne —, verglich damals den NATO-Doppelbeschluß, also den Fahrplan zur Null-Lösung, mit der Machtergreifung Hitlers. Daran möchte ich erinnern.

Wir wollen den Millionen von Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, die aus einer guten Gesinnung heraus falschen Argumenten, den Verdrehungen und den negativen Prophezeiungen bis auf die Straße gefolgt sind, damals wie heute keinen Vorwurf machen. Aber vor den politisch Verantwortlichen bei den Grünen und bei der Sozialdemokratischen Partei, die in dieser Weise die Begriffe verdrehen, die Geister verwirren und dadurch die Begründung für eine eli-

täre Moral und die daraus resultierende Gewalttätigkeit gegeben haben, wollen und müssen wir unseren demokratischen Rechtsstaat in Schutz nehmen.

Aus dieser Geistesverwirrung heraus haben übrigens Habermas und andere — das habe ich vorhin schon zitiert — komplette Rechtfertigungstheorien für den zivilen Ungehorsam und den angeblichen gewaltlosen Widerstand gegen den NATO-Doppelbeschluß konstruiert.

Diese Rechtfertigungstheorien sind kläglich zusammengebrochen. Heute wie damals können sie im übrigen keine Antwort auf die Frage geben, wie eigentlich der Rechtsstaat nach ihrer Theorie reagieren soll, wenn möglicherweise heute Rechtsradikale unter Berufung auf Gewissen und subjektes Rechtsgefühl Sinti und Roma umzingeln oder Türken am Betreten ihrer Arbeitsplätze hindern sollten.

Wie soll eigentlich der Rechtsstaat gegenüber dieser elitären Moral reagieren, wenn diese Theorien für andere Ziele gerechtfertigt werden?

Nein, wir lehnen eine solche selektive und elitäre Moral ab. Unrecht, das auch im Rechtsstaat vorkommen kann und vorkommt, muß mit Ausnahme der Voraussetzungen des Artikels 20 Abs. 4 mit legalen Mitteln bekämpft werden.

Es ist im übrigen auch an der Zeit, der Begriffsverwirrung entgegenzutreten, die die Linke in der Bundesrepublik Deutschland betreibt. Sicher ist niemand berechtigt, Leute, die demokratische Versammlungen mit akustischem Lärm sprengen, wie dies auch vor der letzten Bundestagswahl gerade von der linken Seite immer wieder gemacht worden ist, oder Leute, die durch massenhafte Blockade und Wegestreiks den Verkehr lahmlegen und die Rechte Dritter beeinträchtigen, zu potentiellen Gewalttätern zu erklären. Aber dies gilt für alle; ich

mache hier gar keine Unterschiede. Sie üben nämlich durch aggressive Regelverletzung in demonstrativer Absicht Terror aus, egal, ob wir dies als sanften Terror, akustischen Terror oder psychischen Terror bezeichnen wollen.

Nicht jede dieser neototalitären Aggressionen ist gefährlich. Gefährlich ist aber die Legitimitätskonzession diesen Aggressionen gegenüber.

Unbestritten ist — wie dies auch in der Formulierung des Art. 20 Abs. 4 zum Ausdruck kommt —, daß Widerstand und ziviler Ungehorsam immer nur als letzte Möglichkeit, als Ultima ratio, in Frage kommen können. Der gewaltsame Widerstand z. B. im Nazi-Deutschland, in der Sowjetunion und in Chile legitimiert sich aus der Unmöglichkeit einer friedlichen und rechtsstaatlichen Veränderung der Verhältnisse. Wer aber gibt eigentlich den Grünen und ihren Freunden das Recht, hier in der Bundesrepublik Deutschland solche Voraussetzungen zu unterstellen? Sie haben alle Möglichkeiten, eine Änderung der politischen Verhältnisse innerhalb des Rechtsstaats und unserer demokratischen Ordnung zu erreichen. Sie haben die Freiheit der Informationen, der Meinungsäußerung, der Anrufung der Gerichte, der Demonstration, der Teilnahme an Wahlen, der Gründung von Parteien. Sie haben alle demokratischen Möglichkeiten, ihre politischen Ziele zu erreichen, nur eines haben sie nicht, nämlich die Mehrheit. Aber das ist entscheidend. Es ist allerdings den Grünen offenbar egal. Ich zitiere Ihren Sprecher — Herr Ebermann sitzt unter uns —: „**Legal, illegal, scheiß-egal. Dies widerspiegelt die Verfassung der grünen Partei.**“ Dies ist ein Zitat von Herrn Ebermann aus jüngster Zeit. Ich darf auch sagen: Es war Ihr kommunistischer Sprecher, denn Sie haben sich ja dazu bekannt. Der Salon-Realo Otto

Schily meinte, wenn es um Existenzfragen gehe, könne eine qualifizierte Minderheit ein größeres Gewicht als die quantitative Mehrheit haben. Wenn es also um Existenzfragen gehe, könne die qualitative Minderheit — die Elite oder was immer man darunter versteht — ein größeres Gewicht als die quantitative Mehrheit haben. Hier sitzen sie also in ihrer ganzen Schönheit, die intellektuell und moralisch Privilegierten der Nation, die natürlich besser als die anderen informiert sind, tiefer denken, sensibler empfinden und reagieren als die irrenden gewählten Organe der Demokratie.

Die Frage, wer zu diesem elitären Kreis gehört, können natürlich wiederum nur diejenigen beurteilen, die diesem elitären Kreis selber zugehören. Welche Privilegien dieser elitäre Kreis für sich in Anspruch nehmen kann, entscheiden natürlich wieder die Privilegierten selber. Welche Rechtsverletzungen, welche Regelverstöße erlaubt und gerechtfertigt sind, wird auch alles in diesem elitären Kreis beschlossen, genauso die Frage, ob die in einer freien Abstimmung beschlossenen Gesetze, wie z. B. das Volkszählungsgesetz zu dulden oder zu sabotieren sind.

Diese selbsternannte Kaste würde in der deutschen Politik nicht die geringste Rolle spielen, wenn es nicht die Sozialdemokraten gäbe. Das ist wahr.

Die Sozialisten tragen die politische Schuld und Verantwortung, daß die Vertreter einer solchen elitären Unmoral, so muß ich sagen, und der daraus notwendig resultierenden Gewalttätigkeit Zugang zur Regierungsverantwortung bekommen und so die Gelegenheit erhalten sollen, ihre anti-demokratischen Grundsätze zu verwirklichen.

Wie soll eigentlich der gesetzestreue Bürger — diese Frage möchte ich auch an die Adresse der Sozialdemokraten stellen —,

der jede Übertretung eines Parkverbotes mit drastischen Strafen büßen muß, eine positive Einstellung zum Rechtsstaat bewahren können, wenn Leute mit Ihrer Hilfe Minister werden, die zur Durchsetzung ihrer selbstdefinierten höheren Ziele letztendlich die Übertretung von Strafgesetzen rechtfertigen, die für alle gelten?

Es kann doch nicht so weitergehen, daß unsere Polizeibeamten in den untersten Besoldungsgruppen von A 5 bis A 9 den Rechtsstaat gegen diese elitäre Moral und die daraus resultierende Gewalttätigkeit mit vielen Überstunden, oft verletzt und beschimpft, verteidigen, daß sich aber die geistigen Urheber dieser elitären Moral und der daraus resultierenden Gewalttätigkeit, wie z. B. Josef Fischer, in der höchsten Besoldungsstufe B 11 als Minister von dem Rechtsstaat bezahlen lassen, den sie bekämpfen.

Früher hätten Sie als Sozialdemokraten an dieser Stelle Beifall gependet; davon bin ich überzeugt.

Heute im Schlepptau der Grünen schweigen Sie. Fragen Sie sich einmal, was Ihr früherer Kronjurist Adolf Arndt heute zu Ihnen sagen würde.

Staatsverständnis und Gewaltbegriff waren damals bei den Sozialdemokraten geklärt. Heute koalieren Sie mit den Grünen, und Adolf Arndt würde das Schicksal von Axel Wernitz erleiden.

Nicht nur in Fragen wie der friedlichen Nutzung der Kernenergie, auch in Fragen des Rechtsstaats sind die Sozialdemokraten dabei, ihre Identität zu verlieren; ich muß dies leider sagen. Der Rechtsstaat ist nicht nur eine Errungenschaft der bürgerlichen Revolution, sondern auch der Arbeiterbewegung. Die Aushöhlung des Rechtsstaates schadet nicht denen, die ihre intellektuellen und wirtschaftlichen Ellenbogen gebrauchen, die mit der Gewalt kokettieren und alle rechtlichen Kniffe und Finessen kennen. Die Aus-

höhlung des Rechtsstaates schadet vielmehr den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich gesetzestreu verhalten und z. B. als Arbeitnehmer für ihre soziale Sicherheit den Schutz des Rechtsstaates benötigen.

Ein funktionierender Sozialstaat setzt einen funktionierenden Rechtsstaat voraus. Es ist leider eine historische Tatsache, daß in dieser Republik das Thema Gewalt ein Thema der Linken geworden ist.

Es waren linke Professoren, die damals im Zusammenhang mit dem Buback-Nachruf eine öffentliche Gewaltdiskussion in vielen Universitäten einleiteten. Es sind bis heute Linke, von Oskar Negt, Dieter Senghaas, Jürgen Habermas bis zu den Jungsozialisten und den Redakteuren der „taz“, die unter dem Stichwort strukturelle Gewalt und anderen falschen Begriffen diese Tradition fortsetzen. Oder wollen Sie eigentlich leugnen, daß die Linken, die Neo-Marxisten, die Jungsozialisten in ihrer eigenen Partei, die K-Gruppen an den Universitäten, der MSB-Spartakus — der Koalitionspartner der Jungsozialisten an vielen deutschen Universitäten — für den psychischen und physischen Terror bei vielen Universitätsdiskussionen verantwortlich sind, daß sie ebenso für die Verwirrung der Argumente, für die bewußte Verschleierung und Verwischung der Begriffe, für die maßlose Diffamierung unserer rechtsstaatlichen Demokratie verantwortlich sind?

Man kann auch nicht bestreiten, daß auch der Terrorismus als „wahnwitzige politische Option“, wie Karl Steinbuch ihn einmal genannt hat, nur auf dem Hintergrund einer böswilligen Verteufelung unserer Lebensordnung begreifbar wird, in der angeblich alle Formen von Repression, Ausbeutung, Konsumterror, Umweltterror und Polizeiterror als

Das Deutschlandbild in den USA – Helmut Kohl genießt hohes Ansehen

Die Bundesrepublik Deutschland steht in den Vereinigten Staaten in hohem Ansehen. Das bestätigt das „Chicago Council on Foreign Relations“ für Ende 1986 in einer Untersuchung, die das renommierte Meinungsforschungsinstitut Gallup in einer Bevölkerungsquerschnittsbefragung von US-Bürgern und gesondert bei Führungskräften feststellen konnte.

Von Interesse sind diese Ergebnisse aber auch deshalb, weil sie in einen längerfristigen Zusammenhang gestellt werden können; denn in Abständen von jeweils vier Jahren ergründet Gallup die Meinung der amerikanischen Bevölkerung und die ihrer Führungseliten. Damit lassen sich politische Strömungen und Stimmungen und ihr möglicher Wandel erfassen.

Die stärker verbreitete Meinung, die USA würde unter Ronald Reagan zur politi-

schen Nabelschau neigen, wird nicht bestätigt. Bei den Amerikanern gibt es heute ein weltoffeneres Klima als je zuvor in den letzten 20 Jahren, womit eine große Feinfühligkeit gegenüber außenpolitischen Themen einhergeht.

Heute nennen mehr als doppelt so viele Amerikaner außenpolitische Themen als die großen Probleme ihrer Nation als noch 1978. Waren es damals nur 29 Prozent, die ihrem Land eine wichtige Rolle in der Weltpolitik zuschrieben, so sind es heute über 40 Prozent. Dabei ist Westeuropa stärker in den Mittelpunkt des Interesses gerückt, der Nahe Osten hat an Aufmerksamkeit verloren.

Traditionell gelten Großbritannien und Kanada als die „geborenen“ Verwandten, die weltweit von vitalem Interesse für die USA empfunden werden, aber bereits an dritter Stelle gleichauf mit Japan wird die Bundesrepublik Deutschland gestellt. Bei

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

Inhalte unserer staatlichen Ordnung praktiziert werden.

Das anti-demokratische Denken der Rechten stand Pate bei der Zerstörung der Weimarer Republik.

Was sich heute auf der linken Seite abspielt, ist nicht weniger von Bedeutung, als die Verweigerung der Loyalität gegenüber der Weimarer Republik damals durch die rechte Intelligenz. Damals rief der Reichskanzler Wirth im Deutschen Reichstag aus: Der Feind steht rechts. — Ich will keine der in diesem Parlament vertretenen Parteien, auch nicht die Grünen, mit den Feinden der damaligen Demokratie identifizieren.

Aber etwas ist doch wahr: Die Gefahr für den Rechtsstaat kommt heute von links!

Die Christlich Demokratische Union bekennt sich zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat und zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie in Art. 20 des Grundgesetzes niedergelegt ist. Nicht diejenigen, die diese Ordnung mit Absicht verletzen, können sich auf Art. 20 Abs. 4 und das darin enthaltene Widerstandsrecht berufen und haben ein Recht auf Widerstand, sondern umgekehrt muß Widerstand geleistet werden im Sinne unserer Verfassung — so steht es in Abs. 4 dieses Grundgesetzartikels — gegen alle, die es unternehmen, diese rechtsstaatliche und freiheitliche Grundordnung mit ihren Maßnahmen und Aktivitäten zu zerstören.

den befragten „Leaders“ aus Regierung, Wirtschaft, Gewerkschaft und den Kirchen liegt die Bundesrepublik Deutschland mit Japan jedoch an erster Stelle. Zum Vergleich steht Frankreich in der Bewertung der Bevölkerung als Region von vitalem Interesse erst auf Platz 13, gleichauf mit anderen Ländern, u. a. Saudi-Arabien.

Auch die These, bei den USA-Bürgern bereite sich Frust und Enttäuschung über die anhaltende Politik der Europäer aus, ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen, trifft nicht zu: Die Bereitschaft in Krisensituationen USA-Truppen in Japan und Westeuropa einzusetzen wird heute stärker befürwortet als je zuvor.

Die „Ami-go-home“-Rufe der Vergangenheit und ihre durch einzelne Gruppen heute noch praktizierte Politik, die bei uns durch die Medien häufig symptomatisch für eine Grundhaltung in der Gesamtbevölkerung übertrieben dargestellt werden, führen bei der amerikanischen Bevölkerung nicht zu einer entsprechenden Rückzugshaltung: Denn 82 Prozent der Amerikaner sprechen sich für eine Status-quo-Regelung aus — ein starkes Votum für Europa und das Atlantische Bündnis.

Für den Fall eines sowjetischen Angriffs auf Westeuropa haben sich 68 Prozent der „Bevölkerung“, jedoch 93 Prozent der befragten „Elite“ dafür ausgesprochen, US-Soldaten zu Hilfe zu schicken. Für Japan ist jeder zweite Amerikaner dazu bereit und vier von fünf „Elite-Angehörigen“.

Gallup hat auch nach Sympathien für Persönlichkeiten gefragt und sie in einer „Thermometerskala“ zwischen null gleich „eiskalt“ und 100 gleich „sehr warm“ durch die Bevölkerung einordnen lassen. Danach werden aus verständlichen Gründen im weltweiten Vergleich amerikanischen Politikern „wärmere“ Sympathien

entgegengebracht, gleichwohl rangiert Bundeskanzler Helmut Kohl in dieser Hitliste der angesehensten Persönlichkeiten an fünfter Stelle der Ausländer und damit im sehr guten Mittelfeld vor dem Japaner Nakasone, dem obersten Chinesen Deng und weiteren Politikern.

Im Ergebnis scheint die amerikanische Nation doch nachdenklichere und reifere Bürger zu haben, als es das bei uns oft vorgegebene Bild vermitteln möchte.

„Sanfte“ Energien keine Alternative zur Kernenergie

„Sanfte“ Energiequellen wie Wind- und Sonnennutzung sind nach Auffassung des Bundesforschungsministeriums keine Alternative zur Stromgewinnung aus der Kernspaltung. Der Einsatz solcher regenerativer Energien, mit denen heute in der Bundesrepublik zwei bis drei Prozent des Bedarfes gedeckt werde, könnte bis zum Jahr 2000 auf maximal sieben Prozent gesteigert werden, erklärte Bundesminister Heinz Riesenhuber. Dies sei allerdings ein „optimistischer Hoffnungswert“.

Die Grenze der Entwicklungen auf dem Gebiet erneuerbarer Energien liegt nach Ansicht Riesenhubers in der „Zahl der verfügbaren Ideen“, nicht in der Summe der bereitgestellten Fördermittel. Sein Ministerium wolle 1987 für diesen Bereich 233 Millionen Mark ausgeben. Nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl sei das Interesse von Industrie und Wissenschaft an der „sanften“ Energiegewinnung gewachsen. Die Anstrengungen des Ministeriums im Bereich von Forschung und Entwicklung konzentrieren sich auf Sonnen- und Windenergiesysteme, Erdwärmennutzung und verbesserte Speichertechniken. Bei der Windenergie sollen künftig nicht mehr vorrangig „ehrgeizige“ Großprojekte wie der „Gro-wian“, sondern eher kleine und mittlere Anlagen gefördert werden.

Chaim Herzogs Besuch ist ein historisches Ereignis

Bundeskanzler Helmut Kohl empfing am Dienstag, 7. April 1987, den Präsidenten des Staates Israel, Chaim Herzog, zu einem Gespräch, das in offener und freundschaftlicher Atmosphäre verlief.

Der Bundeskanzler würdigte den ersten Besuch des Präsidenten des Staates Israel in der Bundesrepublik Deutschland als historisches Ereignis für die deutsch-israelischen Beziehungen. Er setze den von Konrad Adenauer und David Ben Gurion gewiesenen Weg des Neubeginns in den Beziehungen zwischen Deutschen und Juden, zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel fort.

Beide Seiten unterstrichen die positive Entwicklung, die die deutsch-israelischen Beziehungen durch den beiderseitigen Willen zur Verständigung, durch ein dichtes Netz von Begegnungen auf allen Ebenen und durch intensive Zusammenarbeit gewonnen haben. Sie hoben die besondere Qualität dieser Beziehungen hervor, die auf die Zukunft gerichtet, aber von der Vergangenheit geprägt sind.

Der Bundeskanzler erinnerte an die dem jüdischen Volk von deutscher Seite und im deutschen Namen in den Jahren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zugefügten unsäglichen Leiden. Das Verbrechen dieses Völkermordes in seiner kalten, unmenschlichen Planung und seiner tödlichen Wirksamkeit sei einmalig in der menschlichen Geschichte. Es gehöre zum Selbstverständnis der Deutschen, das Bewußtsein für das ganze Ausmaß dieser schrecklichen Vergangenheit wachzuhalten.

Er dankte Präsident Herzog für die mit seinem Besuch verbundene besondere

Geste eines weiteren Brückenschlages zwischen beiden Staaten und beiden Völkern.

Staatspräsident Herzog sprach dem Bundeskanzler gegenüber offen über die Empfindungen und Eindrücke, die ihn bei seinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland bewegten. Er bezeichnete seinen Besuch als Folge der engen Beziehungen und der wachsenden Freundschaft zwischen den Regierungen und den Menschen beider Länder, die sich trotz der Belastungen durch eine schreckliche Vergangenheit entwickelt haben.

Im Hinblick auf den Friedensprozeß im Nahen Osten bezeichnete es der Bundeskanzler als vordringlich, alle Möglichkeiten für einen Neuanfang zu nutzen. Die Bundesregierung halte eine internationale Friedenskonferenz über den Nahen Osten derzeit für den einzigen Weg zu Verhandlungen. Sie habe sich daher im europäischen Rahmen für eine solche Konferenz ausgesprochen. Zugleich habe sie ihre Bereitschaft bekundet, gemeinsam mit ihren europäischen Partnern eine konstruktive Rolle hinsichtlich dieser Konferenz zu übernehmen, wenn die Konfliktparteien es wünschten. Die Anzeichen dafür, daß in Israel der Gedanke eines internationalen Verhandlungsrahmens immer mehr an Interesse gewinne, seien ermutigend.

Beide Gesprächspartner waren sich über die Notwendigkeit einig, das von der Vergangenheit geprägte Verhältnis beider Länder im beiderseitigen Interesse in dem bisherigen konstruktiven Geist fortzuentwickeln. Hierbei komme insbesondere der jungen Generation eine entscheidende Aufgabe zu, die beide Seiten durch weiteren intensiven Jugendaustausch fördern wollten.

Arbeitslosengeld für ehemalige Zeitsoldaten

Ehemalige Soldaten auf Zeit, die nach Beendigung einer Wehrdienstzeit von mehr als zwei Jahren arbeitslos sind, sollen künftig finanziell in gleicher Weise wie arbeitslose Arbeitnehmer gesichert werden. Für ehemalige Soldaten auf Zeit gelten künftig auch die Vorschriften des Arbeitsförderungsgesetzes. Sie werden dann die entsprechende Arbeitslosenbeihilfe erhalten.

Bei ehemaligen Soldaten auf Zeit (mit mehr als vierjähriger Dienstzeit) wird Arbeitslosenbeihilfe unter Anrechnung ihrer Übergangsgebühnisse geleistet, anschließend Arbeitslosenhilfe.

Dem Bund entstehen mit dieser Gesetzesänderung Kosten in Höhe von jährlich ca. 27,3 Millionen DM.

Rühe dringt in Moskau auf „erlebbarer Entspannung“

Für „erlebbarer Entspannung“ hat sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Volker Rühe, in Moskau eingesetzt. Nach seiner Rückkehr von einem Treffen des Bergedorfer Gesprächskreises mit sowjetischen Spitzenpolitikern in Moskau zeigte sich Rühe vor Journalisten in Bonn optimistisch, daß noch in diesem Jahr das Abkommen über eine Null-Lösung bei Mittelstreckenraketen in Europa geschlossen werde. Der Wille, Gemeinsamkeiten zu erkennen und zu praktizieren, sei in Moskau greifbar gewesen, sagte der CDU-Abrüstungsexperte.

Er habe in Moskau betont, daß die Bundesrepublik zwar für diese Null-Lösung in Europa eintrete, aber keine völlige Denuklearisierung wolle, solange es ein Ungleichgewicht bei konventionellen Waffen gebe, sagte Rühe.

Zitat

Das Geschrei der Sozialisten imponiert mir gar nicht. Sozialisten können Steuern erhöhen, mit dem Geld der Bürger können sie nicht umgehen. Sozialisten sind fähig, die Staatskasse leerzuplündern. Das hat es noch nie gegeben in diesem Jahrhundert, daß der Staat endlich wieder dem Bürger Steuern zurückgibt.

(Bundeskanzler Helmut Kohl im Deutschen Fernsehen — Bericht aus Bonn, 13. 3. 1987)

Kritik an Kältehilfe-Aktion der EG unberechtigt

Die schon zum wiederholten Male vom SPD-Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt, Hermann Buschfort, vorgetragene Kritik an der Kältehilfe-Aktion der EG ist aus der Sicht des Bundesernährungsministeriums nicht gerechtfertigt und von den anderen Wohlfahrtsverbänden so bisher auch nicht geäußert worden. Immerhin seien in der Bundesrepublik Deutschland bis heute EG-weit die weitaus meisten Lebensmittel verteilt worden. Von den zunächst für alle EG-Länder für die Aktion festgesetzten 105 Millionen DM seien bei uns alleine annähernd 70 Millionen DM ausgeschöpft worden. Das spreche für eine, trotz der aufgetretenen unvermeidlichen Anlaufschwierigkeiten, vergleichsweise zügige und Dank der Wohlfahrtsverbände auch wirksame Abwicklung der Aktion. An Waren seien bei uns bisher rund 18 Millionen Päckchen Butter zu 250 Gramm, über 200 Tonnen Rindfleisch, das nur zur Gemeinschaftsverpflegung verwendet werden durfte, über 6000 Tonnen Mehl, 350 Tonnen Äpfel sowie für etwa 30 Millionen DM Milch und Joghurt ausgegeben worden.

Bundeskanzler regt nationale Aids-Stiftung an

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Gründung einer Nationalen Aids-Stiftung durch freie Verbände angeregt. Wie Helmut Kohl am 31. März 1987 auf dem Deutschen Krankenhaustag in Düsseldorf erklärte, könne er sich vorstellen, daß bei der Verwirklichung dieses Vorhabens die Organisationsform der „Deutschen Krebshilfe“ als Vorbild dient.

Durch eine derartige Stiftung könnten im Kampf gegen Aids auf dem Gebiet der Vorbeugung, Vorsorge, Therapie und Betreuung wirksame Hilfen initiiert werden. Durch Aids drohe ein neuer Kostenschub auf das Gesundheitswesen in der Bundesrepublik zuzukommen.

„Dabei muß eine übermäßige Belastung des Krankenhauses abgefangen werden“, meinte der Kanzler. Dies setze wiederum Vorsorge im außerstationären Bereich voraus. „Ich sehe dabei vor allem Mög-

lichkeiten im Tätigkeitsfeld der großen freigemeinnützigen Wohlfahrtsverbände“, erklärte Helmut Kohl. Er wiederholte, daß der Kampf gegen Aids „alle verantwortbaren Anstrengungen zum Schutz der Gesunden vor Ansteckung und zur Hilfe für die Kranken und Infizierten fordert“. Die Bundesregierung werde dabei das ihr Mögliche tun.

Dazu erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Paul Hoffacker**, die CDU/CSU begrüße die von Bundeskanzler Kohl vorgeschlagene Gründung einer nationalen Aids-Stiftung.

Neben den bestehenden Einrichtungen im kommunalen Bereich, auf Länderebene, aber auch seitens der von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen könne es nur von Nutzen sein, wenn sich auch die freien Verbände dieser gewaltigen Herausforderung stellen.

Lebenshaltung im März billiger

Die Lebenshaltung in der Bundesrepublik Deutschland war im März um 0,2 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Im Februar und Januar hatte der Abstand gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat minus 0,5 bzw. minus 0,8 Prozent betragen.

Zahl der Asylbewerber gesunken

Die Zahl der Asylbewerber in der Bundesrepublik ist im März im Vergleich zum Februar um 1 130 gesunken. 3 749 ausländische Flüchtlinge meldeten sich im März nach Angaben des Bundesinnenministe-

riums beim Bundesamt in Zirndorf. Im Februar waren es noch 4 879 Asylbewerber. Die meisten Flüchtlinge kamen aus Polen, gefolgt von der Türkei und dem Iran.

Zitat

*„Die Grünen sind eine Sammlungsbe-
wegung für fast alle Formen des Pro-
testes gegen den Staat und die gesell-
schaftliche Ordnung: Ideologische
Schwarmgeiste Kommunisten, Marxi-
sten, Natur-Idealisten, Humanisten,
Anarchisten — da ist alles versammelt.
Die Grünen sind eine Art ersatzkommu-
nistische Partei.“*

(Helmut Schmidt in Bild am Sonntag
vom 29. 3. 1987)

1987 Anstieg der Bauproduktion erwartet

In der deutschen Bauwirtschaft wird für 1987 eine Zunahme des Bauvolumens um 3 Prozent gegenüber 1986 und insgesamt eine günstigere Entwicklung als in den zurückliegenden Jahren erwartet, erklärte der baupolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy.

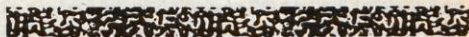
Der Wirtschaftsbau, bereits im vergangenen Jahr Hauptstütze der Baukonjunktur, wird dieses Jahr um 5 Prozent zunehmen. Diese Zahl ist ein weiterer Beweis für die allgemein gute Stimmung in der Wirtschaft, die aufgrund der Bestätigung der bewährten Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU/CSU-FDP-Koalition in der Wahlentscheidung am 25. Januar eine gute Basis hat. Erheblich an Bedeutung gewinnt in Zukunft der öffentliche Bau, dem ein Wachstum um 3,5 Prozent prognostiziert wird. Der Bund hat seine Bauinvestitionen für 1987 gesteigert. So hat z. B. allein die Bundespost ihre Bauausgaben um insgesamt 246 Mio. auf 4,626 Mrd. erhöht.

Selbst für das bisherige Sorgenkind Wohnungsbau darf nach Einschätzung der Bauwirtschaft wieder mit Wachstum gerechnet werden, das allerdings in diesem Jahr noch bei nur 1 Prozent liegen dürfte. Eine nachhaltige Verbesserung dieses Anteils ist aber mit Sicherheit zu erwarten, da die zur Zeit immer noch besser werdenden Zinskonditionen für Hypotheken, die stabilen Baupreise sowie vor allen Dingen die erst in diesem Jahr greifende Neuregelung der steuerlichen Förderung selbstgenutzten Wohneigentums ihre Wirkung nicht verfehlen werden.

Einen ganz entscheidenden Schritt zur Sicherung der Baukonjunktur aber hat die CDU/CSU-FDP-Koalition in der

neuen Koalitionsvereinbarung getan, wo zur Verstärkung der öffentlichen Investitionen die Fortführung des Stadtsanierungs- und Dorferneuerungsprogramms festgeschrieben wurde.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird weiter darauf dringen, daß nun schnellstens Klarheit über Umfang und nähere Ausgestaltung der Städtebauförderung geschaffen wird, damit die Länder, vor allen Dingen aber die Gemeinden, möglichst rasch wissen, mit welchen Mitteln sie ab 1. Januar 1988 rechnen und entsprechend disponieren können.



Weniger Arbeitslose

Die jüngsten Arbeitsmarktzahlen der Bundesanstalt für Arbeit zeigen nach Ansicht der Bundesregierung, daß der Saisonumschwung im vergangenen Monat begonnen hat. Die Entwicklung sei allerdings nicht so ausgeprägt wie im vergangenen Jahr, erklärte Regierungssprecher **Friedhelm Ost**. Dies sei eine Folge der auch noch im März anhaltenden winterlichen Witterung und der Dämpfung der Exportentwicklung. Ost betonte, dennoch zeige der Frühling erste positive Auswirkungen für die Beschäftigung. Die Lage habe sich nach dem langen harten Winter wieder gebessert.

Für die CDU/CSU-Fraktion erklärte der Arbeitsmarktexperte **Horst Günther**, die Zahl der Arbeitslosen sei im vergangenen Monat saisonbedingt spürbar zurückgegangen. Ohne die außergewöhnliche Kälte im März hätte sich die Arbeitslosigkeit noch mehr verringert. Im weiteren Jahresverlauf könne nach wie vor mit weiter steigenden Beschäftigungszahlen und einem Abbau der Arbeitslosigkeit gerechnet werden.

CDU Braunschweig:

Gegen Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter

Auf dem Parteitag des Landesverbandes Braunschweig konnte Landesvorsitzender Ernst-Henning Jahn, MdL ein positives Bild von der Arbeit des vergangenen Jahres geben. Die Braunschweiger Union habe, besonders durch ihr gutes Ergebnis bei der Landtagswahl, entscheidend dazu beigetragen, daß in Hannover eine Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Albrecht gebildet werden konnte. Auch zur Bundestagswahl konnte im Landesverband eines der besten Ergebnisse in Niedersachsen erzielt werden.

Ministerpräsident Ernst Albrecht unterstrich in seinem Referat vor dem Parteitag die schwierige finanzielle Situation des Landes. In den nächsten Jahren werde es das Land Niedersachsen schwer haben, weil weniger Geld in den Kassen

sei. Er verlangte gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen der Bundesrepublik, wie es im Grundgesetz verankert sei. Die Republik müsse aufpassen, daß sich Landesteile aufgrund unterschiedlicher Finanzkraft nicht so weit auseinanderentwickelten, daß daraus Konflikte entstünden.

In einem Antrag wendet sich der Parteitag nachdrücklich gegen Überlegungen die „Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen“ in Salzgitter aufzulösen. Allein die Tatsache, daß die Erfassungsstelle im Jahre 1986 insgesamt 1580 Gewaltakte von DDR-Organen erfaßt hat, ist ein eindrucksvoller Beweis für die Notwendigkeit dieser Einrichtung. Zur Verbesserung menschlicher Kontakte mit der DDR, forderte der Parteitag die Einrichtung eines weiteren Grenzüberganges im Bereich des Nordharzes.

Haungs Vorsitzender der Ausschußgruppe Petitionen

Unter starker Beteiligung der ordentlichen und stellvertretenden Fraktionsmitglieder im Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages hat sich am 31. März 1987 die Ausschußgruppe Petitionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion konstituiert. Einstimmig wurde **Rainer Haungs**, MdB (CDU), als Obmann der Fraktion im Petitionsausschuß und zugleich als Vorsitzender der Ausschußgruppe Petitionen gewählt. Der neue Gruppenvorsitzende gehörte bereits in der abgelaufenen Legislaturperiode dem Petitionsausschuß an.

Ministerpräsident Santer neuer EVP-Präsident

Der Ministerpräsident des Großherzogtums Luxemburg, **Jacques Santer**, ist zum neuen Präsidenten der Europäischen Volkspartei gewählt worden. Bei der Neuwahl durch das Politische Büro der EVP erhielt Santer 56 Stimmen bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen. Die EVP ist der Zusammenschluß der christlichen Demokraten und christlich-sozialen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft. Ihr gehören 14 Parteien aus zehn EG-Staaten (ohne Großbritannien und Dänemark) an.

Landesverband Oldenburg

Jahrhundertvertrag für die Landwirtschaft gefordert

Bei nur zwei Gegenstimmen wurde am vergangenen Wochenende auf dem Landesparteitag der Oldenburger CDU der Haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Manfred Carstens, Emstek, mit 282 Ja-Stimmen in seinem Amt als Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Oldenburg bestätigt.

Zu seinen Stellvertretern wählten die Delegierten den Europaabgeordneten Werner Münch (259 Stimmen), Lohne; Staatssekretär Franz Cromme (217 Stimmen), Delmenhorst und den Bundestagsabgeordneten Erich Maaß (216 Stimmen), Wilhelmshaven.

Landesvorsitzender Carstens hob in seinem Rechenschaftsbericht insbesondere die Steuererleichterungen und die Durchsetzung einer ökologisch verantwortlichen Politik als zukunftsweisend hervor. Er forderte erneut einen „Jahrhundertvertrag“, wie er bereits seit langem zur Bewältigung der Strukturprobleme im deutschen Kohlebergbau existiert, für die Landwirtschaft. Die EG-Agrarpolitik müßte stärker regionale Gegebenheiten berücksichtigen, sagte Carstens. Er begrüßte, daß nunmehr Wilhelmshaven und Oldenburg zu einem Zentrum der Meeresforschung werden und forderte erneut für die Universität Vechta größtmögliche Autonomie.

Auf die Parteiarbeit eingehend, hob Carstens den überproportionalen Zugang an Frauen und Jugendlichen im CDU-Landesverband Oldenburg hervor. Die nächsten Jahre wahlkampffreier Zeit müßten, wie der CDU-Landesvorsitzende unter-

strich, genutzt werden, das programmatische Profil der CDU stärker herauszuarbeiten. Einmünden soll die Arbeit der Kreisverbände, Vereinigungen und Fachausschüsse des Oldenburger Landes in den großen Programmparteitag, der 1988 anstehe und Perspektiven für die Entwicklung des Oldenburger Landes aufzeigen werde.

Neben den Vorstands- und Delegiertenwahlen behandelte der Parteitag eine größere Anzahl Anträge bevor der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger als Gastreferent des Parteitages angesichts der desolaten Lage in der SPD die traditionellen SPD-Wähler dazu aufrief, durch ihr Votum bei den bevorstehenden Landtagswahlen ihrer Partei den unumgänglichen Erneuerungsprozeß in der Opposition zu ermöglichen.

Vorschläge der EG-Kommission abgelehnt

Der Bundesrat hat am 3. April 1987 die Agrarpreisvorschläge der EG-Kommission für das Wirtschaftsjahr 1987/88 abgelehnt. Die Preisvorstellungen der Kommission würden nach Meinung der Länder die schwierige Einkommenslage der deutschen Landwirte in unvertretbarer Weise verschärfen.

Auch in den vorgeschlagenen Währungsmaßnahmen sieht der Bundesrat eine deutliche Benachteiligung der deutschen Landwirtschaft. Er bat deshalb die Bundesregierung, bei den Verhandlungen „mit allem Nachdruck“ den vorgesehenen Abbau der Währungsausgleichsbeiträge abzulehnen.

Mitgliederwerbung

Auf ein gutes Jahr für die CDU

Alle packen an!

Erfreuliche Nachrichten über die Mitgliederentwicklung in der CDU: es geht weiter voran. Viele Bürger kommen gerade jetzt zu uns, um gemeinsame politische Ziele auch an der Basis entscheidend zu unterstützen und ihnen das nötige Gewicht zu verleihen. Auch zahlreiche Mitgliederwerbaktionen, mit denen 1986 begonnen wurde, zeigen nun erste Früchte.

So stieg beispielsweise im CDU-Gemeindeverband Fulda die Mitgliederzahl um 20 Prozent, 23 neue Mitglieder durfte die CDU in Pulheim und 48 in Hagen begrüßen. Auch 18 spontane Beitritte auf einer Wahlparty in Rheine zeigen: es ist eine gute Zeit für weitere Aktionen!

Mit ihren praxisnahen Informationsmaterialien unterstützt die CDU-Bundesgeschäftsstelle jeden Ortsverband und aktive CDU-Mitglieder bei dieser wichtigen Aufgabe — für eine gute Zukunft, für eine starke und engagiert kämpfende CDU.

Einzelheiten zu Aktionsmöglichkeiten erfahren Sie auch unter Telefon-Nr. (02 28) 544-3 71 bei uns im Referat für Mitgliederwerbung und Aktionen. Rufen Sie an!

Leitfaden

„Mitgliederwerbung leicht gemacht“



Erfolgreiche Modelle für CDU-Verbände



Unsere Materialien für Ihre erfolgreiche Arbeit vor Ort:

Leitfaden: Mitgliederwerbung leichtgemacht

Drei erfolgreiche Modelle zur Mitgliederwerbung auf CDU-Verbandsebene werden in dieser Broschüre ausführlich vorgestellt:

Mindestabnahme: 10 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 6,75 DM
Bestell-Nr.: 6704

**Zehn Fragen,
die Sie sich
beantworten
sollten:**



Mitgliederwerbeprospekt:

10 Fragen, die Sie sich beantworten sollten

Auf einleuchtende Art und Weise hilft dieser kleine Fragenkatalog CDU-Anhängern, den Weg zur Mitgliedschaft in der CDU zielstrebig anzugehen; denn oft fehlt nur noch ein letzter Anstoß!

Mindestabnahme: 100 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 26,60 DM

Bestell-Nr.: 6684

**So werben Sie
Mitglieder für
die CDU.**

**Hinweise, Tips und Argumente
für Ihr erfolgreiches Gespräch.**



Faltprospekt:

So werben Sie Mitglieder für die CDU

Wie führt man ein erfolgreiches Werbegespräch?
Was muß man dabei in jedem Falle berücksichtigen?
Auf alle Fragen gibt unser Faltprospekt Tips und Hinweise und hilft Ihnen mit stichhaltigen Argumenten zielsicher weiter.

Mindestabnahme: 50 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 14,50 DM

Bestell-Nr.: 6685

Kostenlos

Beitrittserklärung

Was jedes CDU-Mitglied stets in der Jackentasche mit sich führt: die auch optisch ansprechenden Aufnahmeanträge der CDU.

Mindestabnahme: 150 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 0,00 DM

Bestell-Nr.: 6717

(Beitrittserklärung ohne Staffeln)

Bestell-Nr.: 6718

(Beitrittserklärung mit Staffeln)

Willkommens-Scheckheft

Damit sich ein neues Mitglied bei uns in der Union gleich wie zu Hause fühlt.

Mindestabnahme: 25 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 13,10 DM

Bestell-Nr.: 0316

Bestellungen an das:

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28

4804 Versmold

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Klaus Töpfer neuer Bundesumweltminister

Der rheinland-pfälzische Umweltminister Klaus Töpfer wird neuer Bundesumweltminister. Wie Bundeskanzler Helmut Kohl am 4. April 1987 vor Journalisten weiter mitteilte, soll Töpfer in der nächsten Bundestagssitzung am 6. Mai berufen und vereidigt werden. Töpfer wird Nachfolger von Walter Wallmann.

Klaus Töpfer wurde am 29. Juli 1938 in Waldenburg in Schlesien geboren. Nach der Vertreibung besuchte er in Höxter die Schule und studierte an den Universitäten Mainz, Frankfurt und Münster Volkswirtschaft. Von 1971 bis 1978 war der inzwischen promovierte Volkswirt Leiter der Abteilung Planung und Information der Staatskanzlei des Saarlandes, von 1978 bis 1985 Staatssekretär für Fragen der Umwelt und Gesundheit im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt in Rheinland-Pfalz.

Seit 23. Mai 1985 ist Klaus Töpfer Minister für Umwelt und Gesundheit in Rheinland-Pfalz. Seit 12. September 1985 hat er gleichzeitig eine Honorarprofessur an der



Universität Mainz für das Fach Umwelt- und Ressourcenökonomie.

Töpfer war von 1977 bis 1979 Kreisvorsitzender der CDU Saarbrücken und Mitglied des Landesvorstandes der CDU Saar. Seit 1987 ist er Kreisvorsitzender der CDU im Rhein-Hunsrück-Kreis in Rheinland-Pfalz.

UID

13/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.